



Themenpapier zu den wirtschaftlichen Herausforderungen

Stand 27.11.2023

Es braucht ein neues Mindset in der Wirtschaftspolitik: Verlässlichkeit, Lösungsorientierung, Pragmatismus, Flexibilität und Partnerschaftlichkeit

Die aktuelle Situation in der Wirtschaft ist nach wie vor düster, zeigt die letzte Konjunkturumfrage der IHK. Die noch nicht einschätzbaren Folgen des Urteils vom Bundesverfassungsgericht vom 15. November 2023 zum Bundeshaushalt lenkt die deutsche Wirtschaft in eine noch unabsehbarere Zukunft. Eingeplante Gelder für die Transformation der Wirtschaft stehen nun erneut zur Debatte. Die für die Unternehmen erforderliche Planungssicherheit ist nun völlig genommen, die Situation ist mehr als angespannt.

Die nun erreichte Situation ist für alle Beteiligten und Institutionen herausfordernd. Deshalb haben sich Ausschussmitglieder, Präsidium und Vollversammlung der IHK Braunschweig zum Abschluss ihrer Amtsperiode dazu entschieden, sich noch einmal intensiv mit den besonders relevanten Hindernissen und Unwägbarkeiten für die Wirtschaft auseinanderzusetzen. Neben den bereits adressierten Forderungen und Impulsen durch die IHK-Organisation an die Politik auf Europa-, Bundes- und Landesebene, ist klar: die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltsplanung der Bundesregierung dürfen nicht auch noch zu Lasten der Wirtschaft gehen. Denn die Situation ist auch so schon kaum zu bewältigen. Die aktuell besonders drängenden Themen der regionalen Wirtschaft sind in Folge der Befassung in einen Forderungskatalog eingeflossen, der auf die momentan kriselnde wirtschaftliche Situation Bezug nimmt und Lösungsimpulse nennt. Aufgrund der großen Anzahl an bestehenden Herausforderungen fokussieren sich die Ausführungen auf sieben ausgewählte Themenbereiche.

Ein zentrales Thema dabei ist insbesondere eine Reduzierung der überbordenden Regulatorik wie auch die notwendige Umsteuerung zu mehr Anreizen bei gleichzeitiger Reduzierung von Vorgaben.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland und unsere Region müssen für Unternehmen attraktiv sein, um mittel- und langfristig wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen und die Zukunft gestalten zu können. Dazu zählt auch, dass Anforderungen in ihrer Summe bewältigbar bleiben müssen.



Außerdem müssen Rahmenbedingungen für die Aufrechterhaltung und Wiederansiedlung von produzierenden Branchen geschaffen werden, um Lieferketten diversifizieren und Abhängigkeiten reduzieren zu können. Die Verfügbarkeit von Produkten für die gesamte Wertschöpfungskette muss sichergestellt werden. Hier erwartet die Wirtschaft eine Unterstützung durch politische Entscheidungen und keine bürokratische Gängelung. Das Unternehmertum muss für seinen Fortbestand in Anbetracht der zahlreichen Herausforderungen wieder an Attraktivität gewinnen.

Die kürzlich getroffene Entscheidung der Bundesregierung, insbesondere zur Reduzierung der Stromsteuer, wird begrüßt. Nichtsdestotrotz bleibt die Sicherstellung einer adäquaten und kostengünstigen Energieversorgung ein Thema.

Verständliche, verlässliche und unternehmerfreundliche Rechtsetzung sind notwendig, um Unternehmen Sicherheit für Investitionen und Freiräume für Innovationen zu geben. Das gilt für existierende Betriebe ebenso wie für Neugründungen, Unternehmenserweiterungen und -übergaben. Rechtssicherheit und verständliche Gesetze erhöhen die Standortattraktivität und erleichtern Investitionen. Auch bestehende Normen müssen von der Politik regelmäßig auf Ihre Notwendigkeit sowie Auswirkung auf die Wirtschaft geprüft werden.

Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren

Wie ist die Situation?

Das Ausmaß der Belastung von Unternehmen durch Verzögerungen in verwaltungsbezogenen Prozessen ist enorm. Wachstum, Innovation und Veränderungsgeschwindigkeit werden durch die schier endlosen Planungs- und Genehmigungsverfahren ausgebremst. Das gilt für die schnelle Transformation der Industrie sowie der Wirtschaft insgesamt, Beantragungen von Investitionen und Fördermitteln ebenso wie für den flächendeckenden Breitbandausbau und eine nachhaltige Verkehrswende.

Was ist zu tun?

Wir brauchen einen Kulturwandel in den Behörden. Dieser muss dabei durch eine entsprechende Unterstützung von Seiten der Politik begleitet und auch klar eingefordert werden. Das Mindset muss sich in Richtung Flexibilität, Partnerschaftlichkeit, Technologieoffenheit und Pragmatismus ändern, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können und die angekündigte „Deutschlandgeschwindigkeit“ endlich auch über Einzelfälle hinaus zu erreichen.



Es gilt Wege zu finden, Beantragungen einfacher zu gestalten und Bearbeitungszeiträume zu verkürzen. Die Behörden sollten sich dabei personell so aufstellen, dass die Bearbeitungszeit von Anfragen und Genehmigungen reduziert wird. Hinsichtlich des bereits bestehenden Arbeits- und Fachkräftemangels auch in Behörden reicht diese Option allein aber nicht aus. Die Anpassung von Prozessen, aber auch digitale Lösungswege wie Automatisierungen oder der Einsatz von künstlicher Intelligenz können hier unterstützen.

Auch die Zusammenarbeit von Behörden in einem Hauptverfahren würde grundsätzlich die fachliche Kompetenz stärken, die Verwaltung entlasten und Planungsvorhaben beschleunigen.

Bürokratische Hürden nicht besprechen, sondern abbauen

Wie ist die Situation?

Seit vielen Jahren ist der Abbau von Bürokratie eine Forderung der Wirtschaft und auch erklärtes Ziel der Politik. Veränderungen und Durchbrüche sind weder erkennbar noch spürbar – im Gegenteil, der Anteil an bürokratischen Belastungen steigt. Bei den aktuellen Herausforderungen steht die Bürokratie in den Konjunkturumfragen seit langem ganz oben. Neue Richtlinien, Verfahren und Gesetzgebungen beschäftigen viele Unternehmen und Branchen der Region und erfordern einen erheblichen Personalaufwand. Dies führt zu Kosten in Unternehmen, ohne dass dabei eine im Sinne des Unternehmens stehende Wertschöpfung erfolgt.

Was ist zu tun?

Hier braucht es dringend eine Entlastung. Der Abbau von Überregulierungen und komplizierten behördlichen Prozessen ist unabdingbar. Es braucht Vereinfachung, Transparenz und Prozessbeschleunigung, um die Unternehmen zu entlasten. Hierbei bedarf es eines erhöhten Personaleinsatzes in den Behörden sowie eines veränderten Mindsets (s.o.).

Des Weiteren muss den Unternehmen eine höhere Flexibilität eingeräumt werden, um gesetzliche Vorgaben erreichen zu können. Dies gilt gerade für kleine und mittlere Unternehmen, welche indirekt mit Regelungen konfrontiert werden, die eigentlich nur für größere Unternehmen verpflichtend sind. Ein aktuelles Beispiel dafür stellt das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz dar.

Zusätzlich müssen aber auch präventiv weitere Überregulierungen vermieden werden. Als Beispiel für eine nötige Reduzierung und Vereinfachung von Verordnungen,



Richtlinien und Gesetzen sind das Whistleblower-Gesetz oder das Transparenzregister nach dem Geldwäschegesetz zu nennen.

Als weiteres Negativbeispiel kann in diesem Zusammenhang auch das Arbeitszeitgesetz genannt werden, das mit den heutigen Lebens- und damit Arbeitsbedingungen zunehmend inkompatibel ist und flexible Arbeitszeitmodelle nicht ermöglicht. Eine Anpassung ist notwendig, um einen adäquaten Handlungsspielraum für Beschäftigte und Unternehmen sicherzustellen.

Ebenso wird gefordert öffentliche Ausschreibungen für Unternehmen zu vereinfachen – zeitnahe Rückmeldungen sind dabei für eine angemessene betriebliche Planung erforderlich. Im Endergebnis sollte das „Unternehmertum“ und wirtschaftliches Agieren wieder mehr im Vordergrund stehen als die Bewältigung bürokratischer Auflagen.

Energieversorgung realistisch sicherstellen

Wie ist die Situation?

Die Energiepreiskrise beschäftigt weiterhin viele deutsche Unternehmen. Die im internationalen Wettbewerb vergleichsweise hohen Energiepreise stellen ein Nachteil für unsere regionale Wirtschaft dar. Wann eine tragfähige und belastbare Lösung steht – beispielsweise durch den flächendeckenden Ausbau mit erneuerbaren Energien wie Windkraft und Photovoltaik oder die Lösung des Energiespeicherproblems – ist aufgrund zahlreicher Faktoren wie Genehmigungsverfahren, Entwicklungsfortschritten oder Kapazitäten von Technik und Fachkräften und unzureichender finanzieller Deckung unklar.

Gerade auch deshalb gilt es diesen zeitlich kaum überschaubaren Übergang so zu gestalten, dass Unternehmen den Weg der dekarbonisierten Energieversorgung leisten können.

Was ist zu tun?

Die Realisierung von wettbewerbsfähigen Energiekosten zur Erleichterung der betrieblichen Energieversorgung ist eine wichtige Forderung der Unternehmen unserer Region.

Ergänzend zu einer Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien für Unternehmen müssen auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren angepasst und vereinfacht werden. Möglichkeiten einer eigenen Energieversorgung sollten für Unternehmen ohne großen Aufwand und bürokratische Hürden ermöglicht werden – von der Genehmigung bis zur Einspeisung. Ebenso sollte ein aktives Monitoring Transparenz in



die Planungs- und Genehmigungsverfahren und ihren jeweiligen Stand bringen, um die Planbarkeit für Unternehmen zu erhöhen.

Potenziale neuer Versorgungsmöglichkeiten mit Gas und Wasserstoff müssen von der Politik ebenso aktiv in den Blick genommen werden, wie auch die Potenziale von neuen und alten Brückentechnologien. Außerdem sollte ein übergreifendes Bewusstsein zum Thema Energieeffizienz geschaffen werden, welches beispielsweise durch Anreizsysteme unterstützt wird.

Schließlich bietet auch das Konzept der Strompartnerschaft (sog. PPA) der IHK-Organisation eine Lösungsvariante, die in Betracht gezogen werden sollte (siehe: „So lässt sich das Energieangebot schneller und nachhaltiger steigern“ (dihk.de)).

Innenstädte auch von außen betrachten

Wie ist die Situation?

Auch die Entwicklung der Zentren steht vor enormen Herausforderungen - von Leerständen über Kaufkraftverlust bis zur Konkurrenz durch den Onlinehandel. Dabei leben die Innenstädte unserer Region nicht nur von den dort lebenden Bewohnern, sondern profitieren insbesondere auch von Besuchen außerhalb des jeweiligen Stadtgebiets. Solange die Anreise mit dem ÖPNV keine echte Alternative für auswärtig Lebende darstellt, ist der Weg in die Innenstädte belastet. Die Anreise mit dem Fahrrad aus dem Umland gestaltet sich in Abhängigkeit von der Entfernung und den Möglichkeiten der Besuchenden teils schwierig. Steigende Parkgebühren und die Reduzierung von Parkmöglichkeiten erschweren auf der anderen Seite die Situation für den motorisierten Individualverkehr.

Gleichzeitig sind die Innenstädte schon heute durch zunehmende Leerstände charakterisiert.

Was ist zu tun?

Die Erreichbarkeit der Innenstädte sowohl aus dem ländlichen als auch aus den städtischen Bereichen muss gewährleistet sein, beispielsweise im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung und dem Ausbau des ÖPNV.

Ein Ausgleich zwischen städtischem und ländlichem Raum ist dabei im Blick zu behalten und es sind adäquate Lösungen über Gebietskörperschaftsgrenzen hinaus zu entwickeln.

Die Entwicklungen von ÖPNV und Parkraumbewirtschaftung sollten hier aufeinander abgestimmt erfolgen, um die Innenstädte für Besuchende attraktiv zu halten. Dabei wird die Möglichkeit kostenfrei kurze Zeit zu parken, um beispielsweise gekaufte



Produkte oder Waren problemlos abholen zu können (Brötchentaste), ebenfalls als sinnvolle Option bewertet.

Als weitere Impulse für die Innenstädte in unserer Region werden sowohl die Einführung eines Leerstandsmanagements für wichtig erachtet wie auch die intensive Einbeziehung von Immobilieneigentümern.

Ebenso wird eine ausreichende Beleuchtung gefordert, um das Sicherheitsgefühl in der Innenstadt zu stärken. Eine ansprechende Gestaltung der problematisch wirkenden Leerstände in den Innenstädten sollte durch geeignete Maßnahmen ebenfalls sichergestellt werden.

Update Bildung

Wie ist die Situation?

Auch das Bildungssystem steht vor enormen Herausforderungen und neuen Anforderungen. Es braucht einen strukturellen Wandel in der Bildung von den allgemeinbildenden Schulen bis zu den weiterführenden Bildungsinstitutionen und -einrichtungen. Das Rückgrat unserer Wirtschaft sind gut ausgebildete Menschen. Die Ausstattung und der Grad der Digitalisierung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen ist nicht zufriedenstellend. Es fehlt vielerorts an pädagogischen Konzepten, ausgebildeten Fachkräften und einer zeitgemäßen Infrastruktur. Eine gute Bildung, insbesondere im MINT-Bereich, stellt die Grundlage für die Ausbildung von Arbeits- und Fachkräften und somit auch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft dar. Zudem ist das MINT-Wissen sowie das Interesse junger Menschen an MINT-Ausbildungsberufen und -studiengängen ausbaufähig.

Was ist zu tun?

Es wird gefordert, dass die berufsbildenden Schulen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur zu priorisieren sind. Darüber hinaus ist die Sach-, Digital- und Personalausstattung zu verbessern. Die MINT-Bildung ist weiter zu stärken. Digitale Kompetenzen sowie ein ökonomisches Grundwissen sind zu vermitteln und zu verfestigen, um eine nachhaltige Berufswahl zu fördern. Zur Sicherstellung einer definierten Mindestkompetenz sollten Defizite im Bedarfsfall durch Sprach- und Fördermaßnahmen ausgeglichen werden.



Arbeits- und Fachkräftepotenziale heben

Wie ist die Situation?

Der schon seit langem merkbare Arbeits- und Fachkräftemangel ist mittlerweile geprägt von hoher Fluktuation und Wettbewerb um Arbeits- und Fachkräfte zwischen den einzelnen Betrieben. Die Gründe dafür sind facettenreich. Unter anderem ist die Situation auf den demographischen Wandel zurückzuführen. Weitere Gründe sind die seit langem bestehenden Hürden bei der Arbeitsmigration sowie die mangelhafte Betreuungssituation für Kinder und Pflegebedürftige. Aber auch Entlohnungsstrukturen, mangelnde Attraktivität der Ausbildung und steuerrechtliche Regelungen sind relevant.

Was ist zu tun?

Neben dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz müssen weitere Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Es gilt den in Deutschland bereits vorhandenen potenziellen Arbeitskräften den Einstieg in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt frühzeitig zu ermöglichen und weitere effektive und schlanke Programme zur Anwerbung von Fachpersonal im Ausland zu entwickeln und umzusetzen. Auch bei der Anwerbung von ausländischen Fach- und Arbeitskräften spielen die Bearbeitungszeiten und ein bürokratiearmes Vorgehen eine entscheidende Rolle im internationalen Wettbewerb um diese Zielgruppen.

Die Betreuungssituation für Kinder und Pflegebedürftige stellt die beteiligten Unternehmen ebenfalls zunehmend vor massive Herausforderungen. Aufgrund der schweren Rahmenbedingungen fehlt immer wieder auch Personal in den Betrieben - und das zusätzlich zu den bereits bestehenden Herausforderungen durch den Fach- und Arbeitskräftemangel bestehen. Hierfür braucht es verlässliche Lösungen im Sinne der Arbeitnehmenden und Unternehmen. Eine angemessene Entlohnung für Beschäftigte in Betreuungsberufen ist notwendig.

Infrastruktur als Grundlage begreifen und sichern

Wie ist die Situation?

Die Infrastruktur sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum bildet eine der Grundlagen für wirtschaftliches Agieren. Trotz laufender Entwicklungen besteht weiterhin grundlegender Handlungsbedarf in vielen Teilgebieten der Infrastruktur. Die Erreichbarkeit mit verschiedenen Verkehrsträgern ist für die Wirtschaft ein wichtiger Faktor.

Während beispielsweise die Nutzung des ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum aufgrund langer Zeittakte und dem damit verbundenen Aufwand, hinter seinen Möglichkeiten bleibt, führt das nach wie vor hohe Aufkommen des Individualverkehrs



zu Herausforderungen bei der Parkraumbewirtschaftung in Ballungsgebieten wie den Innenstädten oder an Bahnhöfen.

Dabei sind grundlegend für die Wirtschaft alle Verkehrsträger vom Bahnverkehr bis zur Binnenschifffahrt relevant.

Mit Blick auf die Infrastruktur wird auch der flächendeckende und zügige Breitbandausbau als besonders relevant beurteilt, insbesondere aufgrund der Handlungsfähigkeit in der bereits heutigen aber auch noch zu erwartenden Digitalisierungstiefe in Gesellschaft und Wirtschaft. Aus diesem Grund wird die Fortführung der Breitbandförderung durch die niedersächsische Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

Was ist zu tun?

Geplante Vorhaben, die für die Wirtschaft elementar sind, ob bei Wasserstraßen, Bahn oder Autobahnen, müssen zwingend und zügig umgesetzt werden. Auch die Pflege vorhandener Infrastruktur muss gewährleistet sein. Im Rahmen der digitalen Transformation und der Zunahme digitaler Services muss eine flächendeckende Dateninfrastruktur den Standard in der gesamten Region bilden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sicherstellung einer funktionierenden Infrastruktur ist u.a. der Ausbau der Parkraumbewirtschaftung. Es sollten gezielte Maßnahmen zur Entlastung der Parksituation ergriffen werden. Aus Sicht der Mitgliedsunternehmen ist sowohl der flüssige ÖPNV wie auch der flüssige MIV (motorisierter Individualverkehr) in den Blick zu nehmen. Weitere Vorschläge in diesem Zusammenhang sind die angemessene Ladeinfrastruktur, ein optimiertes Parkraummanagement, die Reaktivierung bereits vorhandener Schieneninfrastruktur und eine einheitliche VerkehrsApp.

Eine funktionierende Infrastruktur in der Region ist eine der zentralen Voraussetzungen, um auch in Zukunft das Wirtschaften in unserer Region sicherzustellen und ein attraktiver Standort für Unternehmen und Menschen zu bleiben.

Als Ergebnis der Beratungen braucht es einen Fahrplan, der unternehmerisches Handeln wieder unterstützt, einen bewältigbaren Weg aufzeigt und auf eine tragfähige Zukunft einzahlt.